



Ostern im April 2020

vor uns liegt das Osterfest 2020. Ein Fest, wie wir es den Umständen entsprechend wohl ungewöhnlicher nicht feiern können. Trotzdem und gerade deshalb wünscht euch die Ratsfraktion, dass ihr die Feiertage und die anschließende Ferienwoche mit euren Familien – auch hier gibt es ja leider oft schmerzliche Einschränkungen – und vor allem gesund verleben könnt.

Die Fraktionsarbeit wird aufrecht gehalten

Mitglieder unseres Fraktionsvorstandes haben sich letztmalig am gestrigen Mittwoch in einer Telefonkonferenz ausgetauscht. Die Corona-Krise erschwert die politische Arbeit immens. Trotzdem müssen wir handlungsfähig und vor allem informiert bleiben. Daher haben wir den amtierenden Oberbürgermeister gebeten, auch in Krisenzeiten die Fraktionen intensiver in das Verwaltungshandeln einzubinden. Hier unser Schreiben im Wortlaut:

Einbindung der Fraktionen in Verwaltungshandeln während der Corona-Krise

Der Rat unserer Stadt hat in seiner Sitzung am 26.3.2020 die politische Entscheidungskompetenz auf den Haupt- und Finanzausschuss fokussiert. Aus unserer Sicht war das vor dem Hintergrund der Corona-Krise eine richtige und weitreichende Entscheidung. Allerdings sollte unserer Auffassung nach zwischen der letzten Ratssitzung und der nächsten geplanten Hauptausschuss-Sitzung am 30. April kein Vakuum zwischen der Hagener Kommunalpolitik und der Verwaltung entstehen. Auch in der Krise sollte und könnte eine direkte Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung aufrechterhalten werden. Andere Kommunen haben dafür beispielsweise einen „Politischen Krisenstab“ eingerichtet, in dem sich die Fraktionsvorsitzenden mit dem Verwaltungsvorstand regelmäßig über Maßnahmen und Vorgehensweisen austauschen.

Unseren Fraktionen geht es nicht darum, die hervorragende Arbeit des von der Verwaltung installierten Krisenstabes zu beeinflussen oder gar zu

kritisieren. Insbesondere ist hier der enorme Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsbehörden und des Gesundheitsamtes unter der Führung des Ordnungsdezernenten Thomas Huyeng hervorzuheben. Wir plädieren für einen sachlichen Austausch und ein konstruktives Miteinander in Krisenzeiten.

Dies wäre aber nur ein Aspekt. Durch die getroffene Regelung im Rat fallen derzeit die wichtigen Vorberatungen in den Fachausschüssen weg. Hier wäre es im Austausch zwischen Fraktionen und Verwaltung sicherlich hilfreich, wenn im Vorfeld des HFA zumindest Prioritäten für wichtige Entscheidungen miteinander abgestimmt würden.

Konkret wünschen wir uns von Ihnen, dass Sie die Fraktionsvorsitzenden in regelmäßigen Abständen zu einer Informations- und Dialogrunde einladen. Das könnte formlos (Jour fixe) geschehen oder auch als Ältestenratsitzung deklariert werden. Sicher ist in jeglicher Form eine Telefonkonferenz möglich.

Der Grund für dieses Schreiben liegt auf der Hand: Auch wir als Fraktion müssen perspektivisch darauf hinarbeiten können, unsere kommunalpolitischen Ziele trotz der Krise zu verfolgen und umzusetzen. Dazu gehört vordringlich, dass wir schnellstmöglich im Bereich der Innenstadt Grundschulplätze schaffen. Trotz der Krise dürfen wir dieses Ziel keinesfalls aus den Augen verlieren. Dass haben wir der Verwaltung mit einem umfassenden Antrag ans Herz gelegt und mit der dazugehörigen Öffentlichkeitsarbeit unterstrichen.

Grundschulplätze schneller schaffen

Hagen. Auch in Zeiten der Corona-Pandemie muss die Kommunalpolitik dafür Sorge tragen, dass wichtige zukunftsweisende Planungen nicht zum Erliegen kommen und dass wegweisende Entscheidungen auch getroffen werden. Mit Blick auf die Schulentwicklung, für die ja seit einigen Wochen ein umfangreiches Gutachten vorliegt, sieht die SPD-Ratsfraktion allerdings ein sehr schleppendes Verfahren auf Politik und Verwaltung zukommen.

„Das ist umso bedauerlicher, weil der Gutachter uns hier die in Hagen fehlenden Grundschulplätze vornehmlich im Bezirk Mitte attestiert hat. Die hier angesiedelten Schulen platzen aus allen Nähten und wir müssen jetzt schnell für Abhilfe sorgen“, mahnt der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach.

Daher hatte die SPD-Ratsfraktion bereits für die Sitzung des Schulausschusses am 17. März einen Antrag mit zahlreichen Ideen und Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen einer schnellen und effektiven Planung eingebracht. Im Zusammenhang mit der Gründung einer neuen Gesamtschule in der Innenstadt, so unser Vorschlag, hätte der jüngere Gebäudeteil der der Liselotte-Funke-Sekundarschule bereits zum kommenden Schuljahr in eine 3-zügige Grundschule umgewandelt werden können. Die Sitzung dieses Ausschusses ist wegen der Corona-Krise nicht zustande gekommen. Nun wird sich möglicherweise erst der Haupt- und Finanzausschuss am 30. April mit der Thematik befassen können. Das ist aber nur ein Teilaspekt der Misere.

Nach Informationen der SPD-Fraktion hakt es auch bei den Planungen einer neuen Grundschule auf dem Gelände des Block 1 in Wehringhausen.

Bekanntlich will dort die GWG für die Stadt eine Grundschule errichten, die die Kommune dann für 20 oder gar 25 Jahre anmieten soll. Uneinigkeit bestehe derzeit über die eingeforderte Errichtung eines Lehrschwimmbekens in dem Komplex mit Schule und Turnhalle. So wolle die GWG das Lehrschwimmbekens aus Kostengründen nicht integrieren. Auch müsste die Stadt neben der Miete die Folgekosten tragen.

Doch die Situation unserer Grundschulen in Hagen-Mitte sei zu prekär als dass das Interesse der GWG an der Vermarktung ihres Abbruchgrundstücks das Denken und Handeln des Oberbürgermeisters und seiner Verwaltung bestimmt, so Dr. Geiersbach.

„Das ist fatal und sicher nicht der richtige und vor allen Dingen der schnellste Weg der uns zu unserem Ziel, nämlich die Sicherung von ausreichend und guten Plätzen in den Grundschulen führt. Wir haben im politischen Raum bislang nicht einmal darüber gesprochen, wie diese Schule aussehen soll. Wir kennen weder Ansprüche noch Planungen. Bis die ersten Schüler in Wehringhausen unterrichtet werden, sind doch Jahre ins Land gegangen“, sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Rudel eine gewaltige Differenz zwischen den bereits getätigten Versprechen es amtierenden Oberbürgermeisters Schulz und der Wirklichkeit.

„Wir könnten mit unserem Plan schnell und effektiv Gesamt- und Grundschulplätze in bestehenden Gebäuden schaffen, wo sie jetzt dringend benötigt werden. Wenn wir darüber hinaus eine neue Schule benötigen, dann sollten wir gewissenhaft und nach den modernsten Aspekten planen“, fordert Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach die Unterstützung der GWG durch eine Baukommission ein. Denn wer Mietshäuser plant und baut, der habe ja nicht automatisch Ahnung davon, welche Ansprüche heute an moderne Grundschulen gestellt werden.

Leider, und dabei handelt es sich um die Kritik des Städtetages, habe das Land die früheren Schulbaurichtlinien ersatzlos außer Kraft gesetzt. So sind die Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Förderschulen bereits 2010 ausgelaufen. Die „Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland“, die die Montag-Stiftung aufgestellt hat, seien laut Städtetag zwar hilfreich, aber nicht ausreichend.

„Daran erkennt man bereits, dass zu einer Schulplanung mehr gehört als die ersten Strichzeichnungen sowie Raum- und Mietberechnungen, die unsere Schulverwaltung einst hinter verschlossenen Türen vorgelegt hat. Nicht ohne Grund hat der Oberbürgermeister dieses Papier einstampfen und von allen Rechnern in der Verwaltung löschen lassen“, so Claus Rudel.